Auszug aus **Context XXI**
http://contextxxi.org/kosten-wahrheit.html

erstellt am: 29. März 2024
Datum dieses Beitrags: September 2001

Kosten-Wahrheit

Zur Rechtfertigung von Studiengebühren hat der Indikator „Kosten je StudentIn“ Hochkonjunktur. Die Schwächen der Indikatorenbildung und der Interpretation sind nebensächlich – ob nun mehr oder weniger: die eigentlichen politischen Fragen werden verdrängt.

GÜNTER HEFLER

„Bei uns studiert man am längsten — Österreich hält traurigen Rekord bei Studiendauer und Studienkosten“ — titelt die *Kronen Zeitung* am 14. Juni 2001 und greift damit — wie andere österreichische Tageszeitungen auch — eine *APA* Meldung vom Vortag auf. Die Artikel — etwa im *Kurier* oder im *Standard* — übermitteln mehr oder minder informationsverlustfrei, was die Nachrichtenagentur über das professionell beworbene Erscheinen der achten Ausgabe des *OECD*-Berichts „Education at a glance“ zur Neuigkeit erhob. „Akademische Ausbildung dauert in Österreich mit durchschnittlich 6,4 Jahren zu lange und ist mit mehr als einer Million Schilling pro Studierendem doppelt so teuer wie im Durchschnitt“ zitiert der *Kurier*.

Bildungsministerin Gehrer lässt noch am selben Tag vermelden, sie sähe die Politik der Regierung durch die *OECD* bestätigt. „Die Untersuchung bestätige, dass Österreich überdurchschnittlich viel für Ausbildung von Schülern und Studenten investiere.“ (*APA*, 13.6.2001). Bereits wenige Tage später (am 30. Juni) schätzt sich ein Jus-Student in einer vom Bildungsministerium finanzierten Verlagsbeilage im *Standard* glücklich, dank der Studiengebühren endlich etwas zu der Million Schilling Ausbildungskosten beitragen zu dürfen, die für sein Studium anfielen. Die in den Zeitungsberichten zitierten Studienkosten von 72.184 US-Dollar je StudentIn scheinen noch weit symbolträchtiger als der bislang vom Ministerium bemühte, im Hochschulbericht 1999 ausgewiesene Durchschnittswert von öS 120.708,— je StudentIn und Jahr.

Mediale Interpretationen

Dass aus dem Erscheinen eines Jahrbuchs ein mediales Ereignis wird, liegt zu allererst an der konsequenten Pressearbeit der *OECD*-Teil-Institutionen selbst: Jede Ausgabe des *Education Outlooks,* der im wesentlichen die Ergebnisse einer bildungsstatistischen Datenbank wiedergibt, findet — und nicht nur in Österreich — großes mediales Echo und reizt politische AkteurInnen zu einschlägigen Kommentaren.

Dass nur ein Teil der Ergebnisse jährlich neu erarbeitet werden, ist nicht das einzige Detail, das den Zwängen der Nachrichtenproduktion zum Opfer fällt. Die Mehrheit aller Definitionsbestandteile, die den gebotenen Indikatoren wissenschaftliche Respektabilität einbringen sollen — schließlich ist die *OECD* eine der wichtigsten AnbieterInnen wirtschaftsstatistischer Daten weltweit — gehen „naturgemäß“ in der Kette Presseaussendung — Agenturmeldung — Zeitungsartikel verloren.

Beispiel „längste Studienzeit“. Erstens handelt es sich nicht um die Zeit bis zum Abschluss, sondern um eine mithilfe einer Näherungsformel berechneten durchschnittlichen Verweildauer in einem Ausbildungssegment. Zweitens handelt es sich nicht um „UniversitätsstudentInnen“, sondern um alle Personen im tertiären Bildungssegment gemäß der *International Standard Classification fo Education* (*ISCED* 1976 bzw. 1997), die einjährige Lehrgänge genauso wie etwa pädagogische Lehranstalten oder Fachhochschulen umfasst. Drittens handelt es sich nicht um Individuen, sondern um Vollzeitäquivalente (auch wenn das aufgrund der von Österreich zur Verfügung gestellten Daten kaum eine Rolle spielt). Viertens handelt es sich nicht um eine Neuigkeit: die „durchschnittliche Verweildauer im tertiären Bildungsbereich“ wurde 1997 für das Studienjahr 1994 errechnet und in den *OECD*-Berichten seitdem unverändert fortgeschrieben.

Bei aller Verflachung der wiedergegebenen Information scheinen doch die Kernaussagen gerettet, erhalten doch die Daten ihren sensationellen und politischen Charakter allein aus der Reihung, in die sie gebracht sind: in Österreich studiert „man“ am längsten, „am teuersten“ usw. — nicht zu vergessen die „im *OECD*-Schnitt niedrige Akademikerquote“. .

Hinkende Vergleiche

Letztes Jahr noch wies das *BMBWK* zu identen Befunden des Vorgängerberichts (am längsten, am teuersten, zu wenige) auf „strukturelle Unzulänglichkeiten“ der Vergleichsansätze hin (vgl. *APA* 16.5.2000). Tatsächlich sind gerade die Unterschiede nationaler Bildungssysteme und die daraus resultierenden Einschränkungen der Vergleichbarkeit eines der Hauptthemen der bisher erschienenen acht Ausgaben des *Education Outlook*.

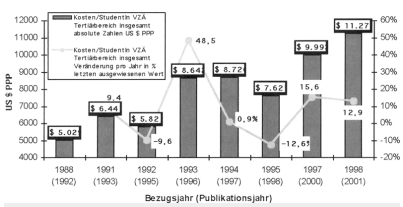
Naheliegendes wird — in den sperrigen Kommentarteilen und verteilt über acht

Einzelausgaben — mitgeteilt. Unterschiede ergeben sich insbesondere aus dem Verhältnis zwischen kurzen und langen Studiengängen. Entscheidend sind ferner die im Universitätsbudget enthaltenen Forschungskosten. In Österreich ist der Anteil der Forschungskosten an den Ausgaben für das tertiäre Segment unter allen untersuchten Staaten am höchsten (nämlich 37 %). Differenziertere Betrachtungen ermöglichen ohne weiteres, die „Position Österreichs“ in günstigerem Licht erscheinen zu lassen.

Bessere Näherungen für den Indikator „Kosten je StudentIn“ für Vergleichs- und Bewertungszwecke lassen sich jederzeit errechnen. In der von Wohlfahrt und Sturn herausgegebenen Studie — *Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen* werden für die Größen „Zahl der Studierenden“ und „Gesamtaufwand“ alternative Berechnungen angestellt und argumentativ begründet (vgl. die Übersicht). Insbesondere wird dem Faktum „Teilzeitstudierende“ Rechnung getragen und der Forschungsaufwand nicht als Lehrkosten berücksichtigt. Der durchschnittliche institutionelle Lehraufwand je StudentIn wird mit näherungsweise öS 40.000,— je Studienjahr angenommen. Auch der Hinweis, dass der reale Lehraufwand teils höher, teils — in Studien mit sehr schlechtem Betreuungsverhältnis — deutlich niedriger ist, fehlt nicht.

	Modell	Gesamtaufwand	StudentInnen	Kosten pro Jahr/StudentIn
OECD 2001	Gesamtaufwand durch StudentInnenzahl	Hochschulbudget + klinischer Mehraufwand + hochschulrelevante Forschungsförderung - ausgeschiedene Anteile an hochschulrelevanter Forschungsförderung + Kosten für nicht-universitäre Ausbildung in ISCED 5. 6a (z.B. Fachhochschulen, Pädaks usw.)	Vollzeitäquivalente (allerdings: nur rund 8000 TZ-Studierende ausgewiesen.) Studierende der Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und Colleg	11.279 US $ PPP (1998) (Purchasing Power Parities (PPP); standardisiertes Kaufkraftäquivalent zum US-Dollar. Umrechnungsfaktor für 1998: 1 US $ PPP = 13,73 ATS)
BMWV 1999		Hochschulausgaben (inkl. Universitätskliniken) ohne hochschulrelevante Forschungsförderung, exklusive Ausgaben für Fachhochschulen, exklusive Ausgaben sonstige post-sekundäre Bildung (Kollegs, Pädaks etc.)	Personen laut Hochschulstatistik	120.708,- ATS (1998)
Wohlfahrt/ Sturn 1999		30 % des Hochschulbudgets für Lehre, zahlreiche weitere Zu- und Abrechnungen zur Eingrenzung des Lehraufwands	Exklusion von mutmaßlichen Scheininskribentinnen (20 % der Inskribierten) Schätzung Vollzeitäquivalente, (25 % der verbleibenden Basis TZ-StudentInnen)	ca. 40.000,-

Übersicht: Rezente Vorschläge Indikatoren „Kosten je Studentin“ in Österreich



Bildungsausgaben pro Studierenden in Österreich (OECD Education Outlook)

Quelle: OECD 1992 - 2001, eigene Berechnungen

Was heißt hier Kosten?

Allen in der Übersicht skizzierten Durchschnittskosten ist eine Eigenschaft gemein: sie messen nicht eine Leistung, die StudentInnen tatsächlich zur Verfügung steht. Es geht nicht um reale Unterrichtsstunden, nicht um reale Betreuungseinheiten, nicht um zur Verfügung gestellte Infrastruktur.

Eine idealtypische WirtschaftswissenschafterIn würde über die Interpretation „Durchschnittskosten = erbrachte Leistung“ auch nur den Kopf schütteln. Ein Indikator hilft Problemzonen — „Effizienzdefizite“ — zu identifizieren. Vielleicht kosten unsere UniversitätsprofessorInnen zuviel? Vielleicht sind die Fixkosten zu hoch? Vielleicht haben wir zu wenige StudentInnen, eine zu starke Unterauslastung? „Das muß man sich erst genau anschauen“ — heißt die gegen Kritik immunisierende Zauberformel. Die politische Agenda, die mit der Durchsetzung von ausgewählten Kennzahlen einhergeht, bleibt jedoch bestehen. Durch den Rückzug auf eine methoden„kritische“, „schwache“ „wissenschaftliche“ Interpretation der Indikatoren werden die politischen Effekte — denen gerade die Wirtschaftswissenschaften viel an finanzieller Unterstützung verdanken — schlichtweg verleugnet.

Nichtmessbares messbar machen ist der Sinn von Indikatoren: die Beurteilung, ob ein gebildeter Indikator anders nicht beobachtbare Phänomene erfasst und ob mit ihm die relevanten Phänomene erfasst werden, bleibt - über alle definitorischen und technischen Fragen hinweg — entscheidend.

Es sind nicht nur Mängel der Robustheit im Zeitverlauf, die den *OECD*-Indikator „Kosten/Studentin“ so problematisch machen. (vgl. Diagramm: Wer von uns hat irgendetwas von den ausgewiesenen Schwankungen „Ausgaben je StudentIn“ mitbekommen?). Es ist das politisch instrumentalisierte Fehlen der Insistenz darauf, die Verbindung zwischen den Messergebnissen der Indikatoren und der vorgeblich beschriebenen Realität zu explizieren.

Durchschnittsbildungen weisen immer das Problem auf, dass die Ergebnisse vom Zähler (Ausgaben) wie vom Nenner (StudentInnenzahl) gleichermaßen abhängen. Veränderungen in Globalgrößen — selbst vielfältig zusammengesetzt — unkommentiert als Beschreibungen von Realitäten auszugeben („Viel Geld für Studierende“) ist die vielkritisierte „Manipulation mit Statistik“. Jede Kritik an der Verwendung und Instrumentalisierung statistischer Indikatoren bleibt jedoch hilflose Rhetorik, wenn nicht alternative Beschreibungen — neue Evidenzen — erzeugt werden können.

Neue Soziographie, alternative Indikatoren, linke Politik

Indikatoren enthalten eine Theorie, worauf es gesellschaftspolitisch ankommt. Mit dem Indikator „Ausgaben je StudentIn“ ist die Polemik, eine gesellschaftliche Gruppe bekäme etwas ohne Gegenleistung („neo-liberale Variante“) bzw. werde gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen bevorzugt (liberal-sozialdemokratische Variante) mitproduziert, der Verteilungskampf eröffnet. Wenn sich diese Kernaussage hält, ist es nahezu gleichgültig, wie realistisch oder absurd der Indikator misst.

Angreifbar sind Indikatoren nur durch die Etablierung neuer Indikatoren, die neue politische Programmatiken mit sich bringen. Die (neuerliche) Setzung politischer Agenden, die (sozialwissenschaftliche) Beschreibung der Problembereiche und die Erfindung neuer Kennzahlen, die den Handlungsbedarf untermauern, bilden eine Einheit. Zwei beliebige Beispiele:

Also: Institutionen wie Universitäten, die große Bevölkerungsteile ausschließen, üben symbolische Gewalt über die Ausgeschlossenen aus: Sie beeinflussen das Leben von Menschen, die auf die Gestaltung dieser Institutionen so gut wie keinen Einfluss haben, weil sie aus ihnen ausgeschlossen sind — das ist eine altbekannte Begründung für die Notwendigkeit, die Hochschulen zu öffnen, Forschung und Lehre für und durch alle zu fordern. Indikator für die Öffnung wäre z. B. der Anteil der Bevölkerung, der jederzeit in der Lage ist, ein Hochschulstudium eigener Wahl aufzunehmen und damit Einfluss auf das, was in Krankenhäusern getan oder in Schulen unterrichtet wird, zu neh-

men.

Also: Wir stellen fest, welche Ressourcen Studierende für ihr Studium benötigen, wie viel an innovativen, forschungsbezogenen Inhalten, wie viel Betreuung durch Lehrende, wie viel Zeit zur kollektiven Arbeit mit KollegInnen, wie viel Anerkennung für erbrachte Lern- und Forschungsleistungen, wie viel Gestaltungsautonomie der individuellen und institutionellen Abläufe, welche Gegenstrategien gegen diskriminierende, sexistische, rassistische Praktiken, wie viel soziale Absicherung, welche Unterstützung zum selbstbestimmten Einstieg in die Berufstätigkeit usw. Dann stellen wir fest, wie viel davon die Universitäten bieten und wie sich das Angebot im Zeitverlauf geändert hat, ob es Ungleichheiten gibt, ob das Ausmaß dieser Ungleichheiten steigt und ob die Benachteiligungen z.B. in einem signifikanten Verhältnis zum Geschlecht und zur verfügbaren materiellen Grundausstattung stehen.

... und nicht vergessen ...

Versuche, mit den immer selben Indikatoren weitere Einschränkungen und Verschlechterungen im Hochschulbereich zu rechtfertigen, kommen so bestimmt wie die neunte Ausgabe des *Education Outlooks*. Die Vorteile der durch die Studiengebühren radikal sinkenden Inskriptionszahlen hat Ministerin Gehrer in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ihres Parteifreundes Werner Amon schon skizziert: „Durch die Einführung der Gebühren wird es laut Gehrer auch zu einer Bereinigung der Studierendendaten und damit auch all jener Indikatoren und Benchmarks kommen in deren Berechnung die Gesamtzahl der Studierenden eingeht. So sei zu erwarten, dass sich das Betreuungsverhältnis an den wissenschaftlichen Unis zwischen Uni-Professoren und Studenten von derzeit 1:23,9 auf 1:16,2 verändern werde. Auch die staatlichen Ausgaben pro StudentIn würden sich von derzeit rund 110.000,— öS pro Jahr auf rund 170.000,— öS erhöhen.“ (*on-line standard/APA* 20.08.2001) . 2004 wird demnach die *OECD* feststellen, dass in Österreich für jede StudentIn rund 2 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, soviel wie nirgends sonst auf der Welt.

Literatur:

- OECD (1992 ff), *Education outlook,* Ausgaben 1 (1992) - 8 (2001).
- Wohlfahrt/Sturn (1999), *Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen.*
- Bundesministerium f. Wissenschaft und Verkehr (1999): Hochschulbericht 1999.

Günter Hefler: Studierte Philosophie, Soziologie, Politikwissenschaft und arbeitet als Gesellschafter der *Forschungsgesellschaft für angewandte Sozial- und Strukturanalyse (FAS)* in Wien. Von November 2002 bis 2006 Redaktionsmitglied von **Context XXI**.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels